

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

21.9.1931 (No. 219)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: **C. A. Menz**, Karlsruhe

Expedition: **Karl-Friedrich-Str. 14**, Karlsruhe
Hauptredaktion: **Karl-Friedrich-Str. 14**, Karlsruhe
Telefon: **255** und **254**
Postfach: **2515**

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einj. 22,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Aufhebung, Beschlagnahme, Verhaftung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Bezüge übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkshefte, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Währungskrise in England

Aufhebung des Goldstandards

W.B. London, 20. Sept. (Tel.) Neuter veröffentlicht folgendes Communiqué: Die Regierung ist nach Zurückziehung der Bank von England darüber klar geworden, daß es notwendig ist, ab Sonntag, den 20. September, Mitternacht, die Goldwährung außer Kraft zu setzen.

Ein Gesetzentwurf, der die Bank von England ermächtigt, die Einföhrung der Banknoten in Gold einzustellen, wird dem Parlament am Montag vorgelegt und sofort in allen drei Lesungen erledigt werden.

Seit Mitte Juli sind Summen, die sich auf über 200 Millionen Pfund belaufen, vom Londoner Platz weggezogen worden. Diesen Anforderungen ist man teilweise mit Hilfe der Bestände an Gold und fremden Währungen nachgekommen, teilweise mit Hilfe der in Frankreich und Amerika eingeräumten Kredite.

Durch die oben angeführten Maßnahmen werden Verpflichtungen der englischen Regierung oder der Bank von Frankreich, die in fremden Währungen zahlbar sind, nicht betroffen.

Eine Unterbrechung des gewöhnlichen Bankgeschäftes wird morgen nicht eintreten. Es besteht kein Grund, daß solche Transaktionen, die sich in Sterling vollziehen, durch die neuen Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Börse wird am Montag nicht geöffnet sein, da morgen das Parlament die Annahme der notwendigen Gesetzentwürfe erledigen muß.

Die Regierung ist der Ansicht, daß die augenblicklichen Schwierigkeiten nicht auf Kapitalexport durch englische Staatsangehörige zurückzuführen seien, da die große Masse der Kapitalrückführungen auf fremde Rechnung erfolgte.

Die Banken haben sich verpflichtet, ihre Mitwirkung bei der Einföhrung der Banknoten in fremden Währungen durch englische Staatsbürger zur Verfügung zu stellen. Ausgenommen sind nur solche Devisenforderungen, die zur Erfüllung bestehender Verpflichtungen oder durch die tatsächlichen Bedürfnisse des Handelsverkehrs sich ergeben. Die Regierung wird, wenn es rätlich erscheint, nicht zögern, noch weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Zu der Vorgeschichte der Krise wird gemeldet, daß die Bank von England am Freitag 40 Millionen Reichsmark Goldbarren und 310 Millionen Reichsmark an Krediten und am Samstag in einem halben Tag 200 Millionen Reichsmark verlor. Bereits am Donnerstag hatte das englische Kabinett von der City Warnungen erhalten und war auf die mögliche Gefahr für das englische Pfund und die Lage von England aufmerksam gemacht worden.

Die Verfügung der vorübergehenden Außerkräftsetzung der Goldwährung ist, wie Neuter meldet, in einer Atmosphäre völliger Ruhe vor sich gegangen. Regierungsbeamte betonten, daß die Aufhebung der Goldwährung nur als vorübergehende Maßnahme zu betrachten ist; sie betonten ferner, daß es ein Unterschied sei, ob ein Land mit ausgeglichener Haushalt seine Goldwährung außer Kraft setze, oder ob das ein Land mit unausgeglichener Haushalt tue. Beamte des Schatzamtes bemerkten, daß Snowden alle Ausgaben eingeschränkt habe, um den Haushalt auszugleichen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Welt sich gegenwärtig in einem Panikzustand befinde, und daß die Lage noch dadurch verschlechtert würde, daß das Vertrauen der Länder, die in London Kapital angelegt hatten, sich verminderte, auch seien die sensationellen Nachrichten, die über den englischen Flottenzwischenfall, der ins Ausland geteilt wurde, mit schuld. Es wurde betont, daß die Außerkräftsetzung der Goldwährung nur vorübergehenden Charakter habe und daß der eingeleitete Gemeinfinn und Patriotismus des britischen Volkes jede Panik verhindern würden. Weiter wurde erklärt, daß die Regierung sofort energische Schritte unternehmen würde, um irgendwelchen, den nationalen Interessen zuwiderlaufenden Handlungen von Personen entgegenzutreten, die nur ihre eigene Interessen wahrnehmen möchten. Der Kapitalexport seitens britischer Untertanen wird in Zusammenarbeit mit den Banken überwacht werden.

Den Londoner Blättern zufolge verlautet, daß die Vorlage, die heute, Montag, in beiden Häusern des Parlamentes eingebracht werden wird, eine Suspendierung der Goldwährung nur für 6 Monate vorsehen werde.

Ein Fünfjahresplan

Der „Schwarze Tag“ der Börse und der scharfe Angriff auf das Pfund am Samstag führten nach eiliger Rückkehr des Premierministers nach Downing Street zu Beratungen mit den Bankiers. Die Bedrohung des Pfundes entstand durch die zunehmenden Wirtschaftsschwierigkeiten in Holland, Deutschland, den Vereinigten Staaten und dadurch, daß in Wallstreet und Amsterdam englische Papiere in größerem Umfang zum Kauf angeboten wurden. Macdonald und die Bankvertreter stimmten darin überein, daß sofort Maßnahmen getroffen werden müssen, um der neuen Gefahr zu begegnen. Ein Fünfjahresplan zur Rettung der britischen Wirtschaft sei in Vorbereitung. Ende Oktober oder Anfang November wolle die Regierung an die Nation appellieren, um sich von ihr den Auftrag zur Durchführung eines solchen Fünfjahresplans erteilen zu lassen, dessen wichtigster Teil die Schaffung von Einfuhrzöllen sein dürfte. Die Männer, die das gegenwärtige Kabinett bilden, beabsichtigen dabei, als die Führer einer neuen Partei der nationalen Einigung vor das Volk zu treten. An erster Stelle der neuen Partei soll, dem Willen zufolge, Macdonald figurieren, während Baldwin ihn

Letzte Nachrichten

Die Londoner Vorgänge

Ruhige Beurteilung in Berlin

W.B. Berlin, 21. Sept. (Priv.-Tel.) In maßgebenden Berliner Kreisen beurteilt man die Schwierigkeiten Englands als ein weiteres und sehr ernstes Symptom der Krankheit, auf deren Gefahren von deutscher Seite immer wieder hingewiesen worden ist. Für England ist jetzt eine ähnliche Situation eingetreten, wie wir sie im Juli durchgemacht haben. Deutschland hat diese Krise überwunden. Daraus leitet man auch die Überzeugung ab, daß die Ereignisse von London Deutschland nicht in ihren Strudel hineinziehen werden.

Wenn trotzdem die Wäfen heute auch bei uns geschlossen worden sind, so wird von unterrichteter Seite betont, daß darin nicht ein neues Sturmzeichen für uns, sondern nur eine Schutzmaßnahme zu sehen sei, durch die den Auswirkungen einer nervösen Spannung vorgebaut werden soll. Die Lage kann dem deutschen Standpunkt aus auch deshalb ruhig beurteilt werden, weil der Reichsbankdiskont ja immer noch recht hoch ist. Ob es zu einer Verschärfung der Devisenvorschrift kommt, läßt sich heute nicht übersehen. Die maßgebenden Stellen warten in aller Ruhe die weitere Entwicklung ab. Ihres Erachtens besteht kein Grund zu irgendwelchen Maßnahmen, die sich vielleicht als übereilt herausstellen. Vor allem sind aus den Vorgängen von London zwei Lehren zu ziehen, daß einmal die Erkenntnis der Tatsache, daß das gegenwärtige Goldwährungssystem unhaltbar ist, zum zweiten soll die Krise gezeigt haben, daß es mit großen Worten nicht nur nicht getan ist, sondern endlich entschlossene und gemeinsame Schritte zur Abhilfe unternommen werden müssen.

Der britische Delegierte in Genf über die englische Währungskrise

W.B. Genf, 21. Sept. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Wirtschaftsausschusses der Völkerverbundversammlung machte der britische Delegierte, Sir Arthur Salter, Mitteilung von den Maßnahmen seiner Regierung zur Behebung der akuten Finanzkrise in England. Er erklärte u. a.: Die gegenwärtige Krise besteht lediglich aus der Zurückziehung der ausländischen Anleihen. Es sei also keine innere Krise. Die Budgetverhältnisse und die innere Lage Großbritanniens seien gesund. Die britische Regierung sei sich darüber klar, daß die gegenwärtigen Maßnahmen Schwierigkeiten für die Länder mit sich bringen würden, die für ihre Kapitalversorgung auf den Londoner Markt angewiesen wären. Sie werde sich mit allen Mitteln bemühen, diese Schwierigkeiten soweit als möglich einzuschränken.

Der Lebensverband fordert zwölfprozentige Lohnkürzung

W.B. Essen, 21. Sept. (Priv.-Tel.) Zu Beginn der heutigen Schlichtungsverhandlungen für den Ruhrbergbau erklärte Generaldirektor Dr. Wiskott für den Lebensverband, die von den Verbänden geforderte Herabsetzung der Arbeitszeit selbst bei entsprechender Lohnkürzung infolge der in der Eigenart des Bergbaues liegenden Verhältnisse eine Steigerung der Selbstkosten und damit weitere Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen herbeiführen.

Dr. Wiskott fuhr dann fort, daß die Lage des Ruhrbergbaues, die, wie er sagte, in dem Bericht des Reichswirtschaftsministeriums über die im März dieses Jahres erneut vorgenommenen Nachprüfungen der jögl. Schmalenbach-Zechen als denkbar ungünstig bezeichnet wurde, nichts weiter übrig lasse, als eine Senkung der Löhne und Gehälter. Er sagte, wenn der Lebensverband sich zu dieser außerordentlich ernsten Lage auf die Forderung eines Lohnabbaus von 12 Proz. beschränkt, trage er damit der Tatsache Rechnung, daß das Einkommen der Arbeiterschaft durch die unvermeidlichen Preiserhöhungen bereits herabgedrückt ist. „Es kann dabei nicht außer acht gelassen werden, daß die Lebenshaltungskosten einen so niedrigen Stand erreicht haben, wie er seit Herbst 1914 nicht mehr zu verzeichnen gewesen ist.“

als wichtigste Stütze zur Seite stehen würde. Auch über die Zollfrage laufen schon Gerüchte um, angeblich soll dem neuen Zolltarif ein Durchschnittszollfuß von 33 1/2 Prozent des bisherigen Zollfußes zugrunde gelegt werden.

Beratungen in Paris und New York

W.B. Paris, 21. Sept. (Tel.) Die französische Regierung prüft die Maßnahmen, die angesichts der englischen Krise und des Beschlusses der englischen Regierung, den Goldstandard aufzugeben, zu treffen seien.

W.B. New York, 21. Sept. (Tel.) Führende New-Yorker Bankiers traten am Sonntagabend zu einer Besprechung über die englische Währungskrise zusammen. Es wurden Maßnahmen erörtert, die angesichts der Rückwirkungen der Londoner Krise auf Amerika und zur Zusammenarbeit zwecks Erleichterung der Lage Englands ergriffen werden müßten.

Kanada hält an der Goldwährung fest

W.B. Montreal, 21. Sept. (Tel.) Der kanadische Premierminister hat heute erklärt, daß das Dominion Kanada werde an der Goldwährung festhalten.

Die neue Notverordnung

Steueramnestie — Reichsbahnleihe — Sondergerichte

Die neue, aus drei Teilen bestehende Notverordnung umfaßt in ihren zwei ersten Teilen neue Vorschriften auf dem Gebiete des Aktienrechtes und der Bankenaufsicht. (Diese Bestimmungen sind in ihrem Hauptinhalt bereits gemeldet.) In einem dritten Teile sind Vorschriften über eine Steueramnestie in Verbindung mit einer Reichsbahnleihe angefügt, deren gleichzeitige sofortige Erledigung wegen ihrer besonderen Dringlichkeit geboten war.

Bei der Steueramnestie sollen die Kreise erfasst werden, die bisher der Aufforderung der Reichsregierung, wieder steuerpflichtig zu werden, nicht entsprochen haben. Die Steueramnestiefrist wird bis zum 15. Oktober verlängert. Der hinterzogene Vermögenswert usw. für die entsprechenden Nachzahlungen für 1930/31 nicht aufgeben will, kann die neue steuerfreie Reichsbahnleihe erwerben, deren Zinssatz nur mit 4 1/2 Proz. bemessen wird, worin gleichsam ein vorweggenommener Abzug der in Frage kommenden Steuern liegt. Diese Reichsbahnleihe muß der Erwerber fünf Jahre ununterbrochen im Besitz behalten, sonst geht er der Vorteile der Amnestie mit rückwirkender Kraft verlustig.

Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß noch erhebliche Beträge nicht angemeldet worden sind. Sie droht daher gegen alle, die von der letzten Möglichkeit keinen Gebrauch machen, die schwersten Strafen an und zwar Gefängnis nicht unter drei Jahren, in schweren Fällen Zuchthaus bis zu 10 Jahren. Ferner werden in verstärktem Umfang eidesstattliche Versicherungen verlangt werden und schließlich will sich die Reichsregierung mit ausländischen Regierungen zwecks gegenseitiger Erfassung der im Auslande befindlichen Vermögen in Verbindung setzen.

Sogenannte Sondergerichte werden geschaffen zur äußerst beschleunigten Aburteilung von gröblichen Verbrechen und Gewalttätigkeiten, sowie von schweren Fällen verbrecherischer geschäftlicher Mißwirtschaft, oder Steuer- und Deviseninteraktion. Abwehr gegen weitgehende Mißachtung der Gesehe, Schutz der öffentlichen Sicherheit, Wahrung der deutschen Wirtschaft und der öffentlichen Steuerermoral sind der Sinn dieser Maßnahmen.

Die deutsche Einfuhr in die Schweiz

Die destruktive internationale Wirtschaftspolitik

Im Wirtschaftsausschuß der Völkerverbundversammlung gab am Samstag der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Hoffe, eine kurze, aber sehr scharfe Erklärung gegen die von dem schweizerischen Vertreter Studt angekündigte Änderung der schweizerischen Handelspolitik ab. Die Erklärung des deutschen Vertreters hat im Wirtschaftsausschuß und darüber hinaus bei der Völkerverbundversammlung stärksten Eindruck hervorgerufen.

Die Schärfe der Replik des deutschen Vertreters erklärt sich aus der ungeheuren Gefahr, die dem deutschen Export aus der Ankündigung der Schweiz droht. In dieser Beziehung kann erfreulicherweise aus der Antwort Studts entnommen werden, daß zwischen den beiden Ländern noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Die eigentliche Bedeutung der Auseinandersetzung aber liegt in den ungeheuren Gefahren, die für die Aufrechterhaltung normaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen den einzelnen Ländern drohen, so lange Deutschland sich in der Zwangslage befindet, mit Rücksicht auf seine internationalen Zahlungsverpflichtungen seinen Export über das normale Maß hinaus zu forcieren. Der Hinweis des deutschen Vertreters auf die Verantwortlichkeit derjenigen Staaten, die Schuld daran sind, daß auf diese Weise das ganze europäische Wirtschaftssystem ins Wanken gebracht wird, war sehr deutlich. Er richtete sich, wie ausdrücklich betont werden muß, in diesem Falle nicht gegen die Schweiz, sondern gegen die negative und destruktive Haltung, die allgemein in der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu beobachten ist.

Der Lebensbedarf für Arbeitslose

Naturalentschädigung und Verbilligung

Bei den Verhandlungen mit den Reichsstellen haben sich Handel und Konsumgenossenschaften zur verbilligten Lieferung von Kartoffeln und Brennstoffen bereit erklärt. Sie haben zugesagt, auf ihre Mitglieder einzuwirken, damit sie sich zu örtlichen Verhandlungen mit den Gemeinden über die Verbilligung weiterer Lebensmittel bereitfinden. Der Handel fordert, daß auch die Erzeuger zu dem Opfer beitragen. Verhandlungen in dieser Richtung sind mit dem Lebensverband der deutschen Industrie aufgenommen. Daneben laufen Verhandlungen mit den Kohlenhändlern und mit dem Bäckereibund und Fleischerhandwerk, den Brotfabriken und der Fleischwarenindustrie. Die Zuföhrung der verbilligten Lebensmittel an die Arbeitslosen soll nach Möglichkeit über den Einzelhandel und die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften gehen. Es wird auch noch zu entscheiden sein, inwiefern Darunterstützungen durch Sachleistungen abgelöst werden können.

Die Herbsttagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft fand in Darmstadt ihren Abschluß mit der 118. Hauptversammlung. Für die Durchführung der nächsten Wanderausstellung wurde beschlossen, die Ausstellung 1932 entsprechend den bisherigen Vorbereitungen in Mannheim durchzuführen. Die Ausstellung 1933 soll nach Berlin gelegt werden. Die Herbsttagung 1932 soll in Danzig stattfinden.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 56. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

